

13.05

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Bundesfinanzrahmengesetz gibt es drei große Rahmenbedingungen für diesen Finanzrahmen. Der erste Teil sind einfach noch immer die Auswirkungen der Finanzkrise und damit verbunden die Kosten für die Banken. Mein Vorredner Bruno Rossmann hat vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, wie viel Geld uns die Banken noch immer kosten, und da nicht nur, aber vor allem die Kärntner Hypo. (*Abg.*

**Kassegger:** *Ein bissi die Kommunalkredit auch! Ein bissi die Kommunalkredit auch!*)

Ich darf die Gelegenheit gleich dazu nutzen, wie das auch Kollegin Tamandl gemacht hat, Ihnen – nicht nur Ihnen, sondern natürlich auch der Kärntner Landesregierung – zu gratulieren. Ich sage einmal, wir gratulieren dann im Oktober, wenn es in trockenen Tüchern ist, aber jetzt gratuliere ich jedenfalls betreffend den Meilenstein, dass es so aussieht, als ob man eine Einigung mit den Gläubigern der Landeshaftungen finden könnte und dass es endlich die Möglichkeit gibt, aus diesen Landeshaftungen herauszukommen. Wenn das gelingt, dann ist das wirklich ein ganz großer Erfolg, und dazu jedenfalls von meiner Seite an Sie und auch an die Kärntner Landesregierung eine Gratulation. Zumindest schaut es sehr gut aus für Ihre Bemühungen in dieser Frage. (*Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Wer uns das eingebrockt hat, wissen wir. Es haben sieben Länder ein Versprechen abgegeben, Haftungen für ihre Landesbanken einzugehen, und jedes Land hat immer einem die Verantwortung für die Stopptaste übertragen, dem gesagt wurde: Du schaust dir diese Bank an, und wenn das Risiko zu hoch wird, drückst du die Stopptaste. – Das haben alle Länder gemacht, bis auf eines, nämlich Kärnten, und die Verantwortlichen dort waren die durchwegs freiheitlichen Finanzlandesräte, die auch bekannt sind: Das ist Pfeifenberger, das ist Haider und das ist Dobernig.

Das sind natürlich die, die diese Stopptaste hatten, die auch den Auftrag hatten, zu sagen, wann das Risiko zu groß wird, wann die Höhe der Haftungen für sie zu groß wird, und die Stopptaste zu drücken. Das ist nicht passiert. Die anderen Bundesländer haben diese Stopptaste gedrückt.

Da sieht man leider diesen Mangel an politischer Verantwortung bei den Freiheitlichen (*Abg. Haider: Bei Ihnen glaubt man manchmal, Sie wären gar nicht im Hypo-Ausschuss! – Zwischenruf des Abg. Kassegger*), da Sie nicht imstande sind, herauszugehen und zu sagen: Ja, wir tragen die politische Verantwortung für diese Kosten, ja, wir tragen die politische Verantwortung dafür, dass das Land Kärnten, aber

auch alle Österreicherinnen und Österreicher für diese Fehler, die wir gemacht haben, zahlen müssen. (*Weitere Zwischenrufe der Abgeordneten **Haider** und **Kassegger**.)*)

Das würde Ihnen gut anstehen, denn das würde dazu führen, dass Sie zumindest in die Nähe davon kommen, was Regierungsfähigkeit bedeutet, nämlich auch die Verantwortung zu tragen und zur Verantwortung zu stehen. Das sind Sie noch schuldig. (*Abg. **Haider**: Verstaatlichung ohne Not! – Zwischenrufe der Abgeordneten **Tamandl** und **Fekter**. – Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten von FPÖ und ÖVP.*)

Die zweite der Rahmenbedingungen ist die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die eine direkte Folge der Finanzkrise waren. Kollege Rossmann hat vollkommen recht damit, dass die Arbeitslosenzahlen und vor allem auch die Prognose, in welche Richtung das geht, sicher nicht hinnehmbar sind und dass es eine der Hauptaufgaben der Bundesregierung sein wird, nicht nur heute und morgen, sondern auch in den nächsten Jahren dafür zu sorgen, dass die Arbeitslosigkeit nicht steigt, sondern sinkt, dass mehr Österreicherinnen und Österreicher eine Arbeit haben, von der man leben kann. Das ist sicher das zentrale Problem, um das wir uns in den nächsten Jahren kümmern müssen: die Arbeitslosigkeit zu senken und zu schauen, dass die Österreicherinnen und Österreicher eine Arbeit haben, von der sie am Ende des Tages auch leben können.

Die dritte Rahmenbedingung ist auch schon angesprochen worden: das Thema Flüchtlinge, das Thema Migration. Diesbezüglich gibt es auch in diesem Finanzrahmen eine Reihe von Ausgaben, einerseits vor allem, was die Integrationsaspekte betrifft – das heißt einfach, dass wir Geld in die Hand nehmen, um die Integration voranzutreiben, was sicher ein wesentliches Thema sein wird –, aber andererseits auch, was die sicherheitspolitische Frage angeht.

Heute in der Früh ist in der Aktuellen Stunde ja auch über objektive und subjektive Sicherheitsgefühle in Österreich diskutiert worden, und das, was sicher notwendig ist, ist, dass es eine dementsprechende Aufstockung der Mittel für die Sicherheit gibt, damit einerseits die Sicherheit objektiv besser wird, aber andererseits auch das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert wird, das in den vergangenen Wochen sicher sehr gelitten hat.

Das lässt sich nicht immer in harten Zahlen nachweisen, aber es ist sicher sehr wichtig, dass sich wirklich jeder Österreicher und auch jede Österreicherin in unserem Land sicher fühlen kann und sich sicher fühlt. Es ist für uns in der Politik, vollkommen egal, von welcher Partei wir sind, natürlich eine Kernaufgabe, dafür zu sorgen, dass die

Menschen sich auch wirklich sicher in unserem Land fühlen. Deswegen gibt es in diesem Rahmen auch zukünftig Mittel.

Ein anderer wichtiger Punkt, gerade in der Frage Migration und Flüchtlinge, ist die Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Natürlich ist es wesentlich, erstens einmal dort Frieden zu schaffen, wo Krieg herrscht, aber wesentlich ist auch, die ökonomische Situation global betrachtet zu verbessern, damit weniger Menschen das Gefühl haben, sie haben gar keine Perspektive in ihrer Heimat, wodurch Wanderbewegungen entstehen. Da ist die Entwicklungszusammenarbeit nicht die alleinige Lösung, aber sicher ein wichtiger Baustein.

Die Frage dabei ist nicht nur, wie viel Geld wir investieren, wie viel Geld wir für Entwicklungszusammenarbeit ausgeben, sondern, wie gut es investiert wird und ob die Situation vor Ort wirklich insofern verbessert wird, dass weniger Menschen sagen, sie wollen in den vermeintlich reichen Westen oder nach Europa wandern, weil sie eine Perspektive zu Hause sehen. Es ist sicher ein wichtiges Signal, dass wir den Einsatz der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit in diesem Zusammenhang verbessern.

Der dritte Punkt, der mir ganz wichtig ist, ist das, was wir alle von unseren Großeltern gehört haben, nämlich: Euch – also den Kindern, den Enkelkindern – soll es einmal besser gehen als uns. – Das bedeutet natürlich vor allem bei jungen Menschen die Chance auf Bildung und über Bildung dann die Chance auf sozialen Aufstieg und auf ein selbstbestimmtes, relativ sorgenfreies Leben.

Das ist auch eine der Hauptherausforderungen, denn wenn ich mir die Situation meiner Generation ansehe und das mit der Generation vergleiche, die heute 20 oder 25 ist, dann muss man sagen, dass diese es schwerer hat und deren Perspektiven und Möglichkeiten geringer sind als bei meiner Generation.

Das ist auch ein Kernpunkt: dass die Politik, und zwar unabhängig davon, in welcher Partei man ist, wirklich dafür sorgen muss, dass die Jugend und die Kinder zumindest die gleichen, wenn nicht bessere Chancen und Perspektiven haben, als das bei der eigenen Generation der Fall war.

Da bleibt wirklich noch viel zu tun. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Peter Wurm.)*

13.12

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Mag. Dr. Strolz. – Bitte, Herr Klubobmann.